

1 Ist der Euro noch zu retten?

Es ist der 15. August 1971, als etwas passiert, das bis heute unser Leben grundlegend verändert. In einer Fernsehansprache erklärt der amerikanische Präsident Richard Nixon aufgeschreckten Bürgern, panischen Marktteilnehmern und der verblüfften Weltpresse, dass die feste Bindung zwischen US-Dollar und dem Gold Geschichte ist. Damit endete die Verpflichtung der Vereinigten Staaten, Dollar-Bestände ausländischer Zentralbanken für 35 Dollar je Feinunze in Gold zu tauschen (*Bretton-Woods-System, siehe Kasten*). Der Goldstandard ist damit passé, genauer, eine Art indirekter Goldstandard, denn nur der Dollar ist fest ans Gold gebunden. Die anderen Währungen sind an den Dollar gekoppelt. Das ging als ›Nixon-Schock‹ in die Geschichte ein. Ein Ereignis, das in der Rückblende vermutlich als noch ein wichtigeres Ereignis eingestuft werden wird als der Watergate-Skandal, der mit dem Namen Nixon ebenfalls aufs Engste verbunden ist und damals die amerikanische Demokratie in ihren Grundfesten erschütterte.¹ Nixon musste zurücktreten, weil er seine politischen Gegner abhören ließ.

Das Bretton-Woods-System

Mehr als 40 Staaten legten 1944 im US-Luftkurort Bretton Woods die Grundlage für ein neues Weltwährungssystem. Alle teilnehmenden Länder vereinbarten feste Wechselkurse zum US-Dollar. Die US-Notenbank verpflichtete sich im Gegenzug, den Zentralbanken aller Teilnehmerländer jederzeit Dollar gegen Gold zu einem festen Kurs von 35 US-Dollar pro Feinunze zu tauschen.

Watergate war ein Skandal, der hohe Wellen schlug, keine Frage, auch wenn Geheimdienste über die analogen Abhörmethoden heute schmunzeln mögen, weil viele Menschen inzwischen Informationen über sich selbst in den sozialen Kanälen preisgeben, die kaum ein Geheimdienst je hätte recherchieren können. Tatsache jedoch ist, dass die Loslösung vom Goldstandard auf uns alle viel größere Auswirkungen haben wird, als es der Watergate-Skandal je vermochte. Denn die Erschaffung immer größerer Geldmengen, untermauert durch das Vertrauen in die jeweiligen Regierungen und Finanzinstitutionen, betrifft die ganze Welt, nicht nur Amerika. Seit Nixon den Goldstandard über Bord warf, weil Frankreich und Großbritannien darauf bestanden, ihre Dollarreserven in Gold umzutauschen,² die Vereinigten Staaten aber für den Vietnamkrieg Geld brauchten, befinden wir uns in einem weltweiten Experiment mit ungewissem Ausgang. Noch wissen wir nicht, ob es genauso schlimm enden wird, wie die erste Aufhebung des Goldstandards durch Kaiser Wilhelm II. zu Beginn des Ersten Weltkriegs.³ Auch beim Kaiser war akute Geldnot der Grund für die Loslösung vom Goldstandard. Kriege sind schließlich teuer. Großbritannien, Frankreich, Österreich-Ungarn und das Zarenreich wendeten sich ebenfalls vom Goldstandard ab.⁴ Alle konnten nun problemlos Geld für die hohen Militärausgaben des Krieges drucken, denn das Geld musste nun nicht mehr mit Gold als Sicherheit hinterlegt sein. Der Rest ist bekannt: *Hyperinflation im Jahre 1923*. Wie sich das anfühlte, berichtet der spanische Journalist Eugeni Xammar, der als Reporter nach Berlin geschickt worden war, im Februar 1923 an die spanische Tageszeitung ›La Veu de Catalunya‹:

»Da trinkt ein Café-Besucher zwei Tassen Kaffee für je 5000 Mark, erhält aber eine Rechnung über 14 000 Mark, Begründung: Dann hätte er beide Tassen gleichzeitig bestellen müssen, in der Zwischenzeit sei der Preis gestiegen.«⁵

Manch einer nennt daher das seit dem Nixon-Schock laufende »Experiment«: *Jonglieren auf dem Seil, ohne Sicherungstrapez*. Wir bezahlen mit »Fiat-Geld«, wie der Wirtschaftswissenschaftler Saifedean Ammous, der mit dem Buch ›Der Bitcoin-Standard‹ weltberühmt wurde, sarkastisch dieses Geld nennt.⁶ Geld, das nur zum Teil mit Gegenwerten unterlegt ist, ohne feste Bindung an Gold. In diesem Zusammenhang verweist Ammous auf den lateinischen Ursprung des Wortes »Fiat«, was bedeutet: »Es geschehe.«⁷ Ammous will durch den lateinischen Imperativ auf die Art und Weise hinweisen, wie mit dem Geld umgegangen wird. Denn dieses Fiat-Geld, so seine These, werde heute von internationalen Geldinstituten wie der Europäischen Zentralbank (EZB) oder der Federal Reserve Bank (FED) auf Befehl erschaffen.⁸ Gemeint ist: Dort, wo die Geldmengen unaufhörlich steigen, sich loslösen vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) der jeweiligen Länder, weil sie politischen Interessen dienen, ist der Verfall des Geldwertes vorprogrammiert.⁹ Den Ursprung dieser von internationalen Finanzinstituten kontrollierten Geldpolitik sehen Autoren wie Thomas Mayer, ehemaliger Chefvolkswirt der Deutschen Bank und heute Professor an der Universität in Witten-Herdecke, allerdings lange vor der Finanzkrise 2008 begründet. Es sei der so genannte »Dritte Weg« gewesen, den Tony Blair, Bill Clinton und Gerhard Schröder verfolgt hätten, um den Kapitalmarkt zwar agieren zu lassen, ohne aber dessen soziale »Verwerfungen« hinnehmen zu wollen.¹⁰ Man suchte die Versöhnung vom Markt mit der sozialen Gerechtigkeit. Nicht Kapitalismus pur, sondern Kapitalismus mit eingebauten »Soft Skills«. Das nannte man damals »Progressive Governance for the 21st Century«.¹¹ Was Bill Clinton und im Schulterschluss mit ihm der Chef der amerikanischen Notenbank, Alan Greenspan, darunter verstanden, zeigte sich bald. Wenn die Märkte einbrachen, griff die amerikanische Notenbank ein und senkte die Zinsen. So etwa beim Rentenmarktcrash 1995, bei der Krise an den Emerging Markets 1998 und beim Platzen der Dotcom-Blase 2001.¹² Unter Bankern wurde die präzise Zinseinstellung »Greenspan Put« genannt, in Anlehnung ans Golfspiel, bei dem der Put, der langsam ins Loch rollt und mit

äußerster Präzision durchgeführt werden muss, über Sieg und Niederlage entscheidet. Das Signal an den Finanzmarkt war klar: Verzockt ihr euch, springt die Regierung ein. Zudem deregulierte Clinton das Bankensystem. Die Trennung von Geschäftsbank und Investmentbank, der Glass-Steagall-Act, der 1932 im Kampf gegen die »Große Depression« in Amerika verabschiedet worden war, war damit vom Tisch.¹³ Dieses politische »Sowohl-als-auch« – die Integration von Kapitalismus und Sozialismus – führte jedoch zu ganz anderen Ergebnissen als erhofft. Der Finanzmarkt blühte sich auf, mit immer mehr Finanzinstituten am Markt.¹⁴ Und diese Finanzinstitute waren nicht bescheiden, sondern äußerst risikofreudig, schließlich wussten sie, dass ihnen, wenn irgendetwas schief ging, unter die Arme gegriffen werden würde. Das ist für Mayer rückblickend der größte Sündenfall: *die Entkoppelung der Verantwortung vom eigenen Handeln*.¹⁵ Die Folge: Die Finanzinstitute gingen viel zu große Risiken ein. Das führte 2008 zu einer weltweiten Finanzkrise. Als erste trug es die Bank Lehman Brothers aus der Kurve. Anderen drohte das Gleiche. Und wieder war es der Staat, der half. Die Geldmengen wurden seit der Finanzkrise 2008 unaufhörlich vermehrt. Das kam nie wieder ins Lot. Nach der Bankenkrise in Amerika folgte 2010 die Eurokrise. Die Geldmenge wurde immer weiter ausgeweitet ... Dann brach Ende 2020 die Corona-Pandemie über uns herein. Anfang 2022 griff Russland die Ukraine an. *Krieg in Europa. Nach 77 Jahren des Friedens*. Jetzt brauchte man noch mehr Geld, um zu helfen, Sanktionen auszusprechen und Waffen zu liefern. Zwar gab es die Krise des Euros lange vor der Pandemie und dem Ukraine-Krieg, doch diese kamen zum ungünstigsten Zeitpunkt und so sind sie nun der Brandbeschleuniger der zuvor bereits schwelenden Krise. Der Zenit ist damit überschritten, die Geldkrise, die 2008 ihren Anfang nahm, lässt sich nicht mehr wettmachen, denn die Energiekrise zwischen Deutschland und Russland verteuert die Energie dermaßen, dass ein Industrieland wie Deutschland ins Mark getroffen ist. Da half auch nicht mehr die Charmeoffensive von Joe Biden im Juli 2022 in Saudi-Arabien und die von Kanzler Olaf Scholz im

September in Katar, den Emiraten und Saudi-Arabien. Die erdölproduzierenden Länder drosseln die Ölproduktion, um die Preise zu erhöhen. Damit spielen sie dem Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, in die Hand, um vor allem Deutschland, das wirtschaftsstärkste Land im Euroraum, mürbe zu machen. Im Hinblick auf den Finanzmarkt bedeutet das: Es wird nun nicht mehr möglich sein, die aufgeblähte Geldmenge unauffällig über eine moderate Inflation von zwei oder drei Prozent über viele Jahre bei gleichzeitig niedrigen Zinsen, wieder abswellen zu lassen und zugleich das Wirtschaftswachstum zu befeuern. So wollte man die Schulden, die sich seit der Finanzkrise im Jahr 2008 angehäuften, wieder loswerden.

Doch dafür ist es nun vermutlich zu spät.

Das sagen im Übrigen nicht nur wir, sondern auch der ehemalige Chefökonom der BIZ, der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, William White. Im Gespräch mit Autor Marc Friedrich habe White es angeblich sogar noch drastischer formuliert: *Er gehe vom größten Crash aller Zeiten aus*,¹⁶ weil die Probleme der Finanzkrise im Jahr 2008 nicht gelöst, sondern fortgeschrieben wurden.¹⁷ Claudio Borio, bei der BIZ als Chefökonom in Amt und Würden, fasste das Szenario zunächst in noch etwas diplomatischere Worte. Er nannte die Situation »eine in der Finanzgeschichte beispiellose Kombination aus Finanzkrise und Inflation«.¹⁸ Borios Urteil ist in der Welt geschätzt. Ihm gelang – genau wie White – was Viele nicht sahen oder nicht sehen wollten: *die Vorhersage der Finanzkrise 2008*. White wiederum war es, der sich als einer der Wenigen traute, dem damals nahezu als Heiligen verehrten Chef der amerikanischen Notenbank, Alan Greenspan, zu widersprechen und ihn auf die drohende Gefahr einer sich zusammenbrauenden Finanzkrise hinzuweisen.¹⁹ Doch damals wollte das keiner hören. Die präzisen Einschätzungen von White und Borio sind kein Zufall. Sie waren und sind über die Zustände an den Finanzmärkten bestens informiert, denn die BIZ spielt

eine Schlüsselrolle im internationalen Kapitalverkehr. Sie wird auch als Zentralbank der Zentralbanken bezeichnet und ist zuständig für deren Kooperation sowie für die internationale Bankenregulierung. Hier laufen alle Daten über die Finanzmärkte zusammen. Und dort in Basel versteht man die Bedeutung dieser Zahlen auch. So ist die BIZ ein Frühwarnsystem für kommende Krisen. *Ein Seismograf, der ausschlägt, wenn es brenzlich wird.*

Zinserhöhungen

Der Versuch von Christine Lagarde, Chefin der EZB seit 2019, die seit dem Ukraine-Krieg sprunghaft angestiegene Inflation – moderate Inflation ja, galoppierende Inflation nein – mit kräftigen Leitzinserhöhungen in den Griff zu kriegen, kam spät. Vielleicht zu spät. Klar ist: Der Euro ist angeschlagen. Der »Doppel-Wumms« von Bundeskanzler Olaf Scholz, eine weitere Verschuldung in Höhe von 200 Milliarden Euro, um vor allem die Energiepreise in den Griff zu bekommen, treibt die Schulden weiter in die Höhe. Schulden, die übrigens nicht in Gänze in den offiziellen Büchern des Bundeshaushaltes auftauchen.²⁰ Das geschnürte Hilfspaket wird nämlich nicht »Schulden« genannt sondern *Kreditnachfrage*.²¹ Das hat einen wesentlich besseren Klang. Diese »Kreditnachfrage« muss zwar vom Parlament genehmigt, nicht aber im Bundeshaushalt geführt werden.²² Schulden unterhalb des Wahrnehmungsraders der Öffentlichkeit. Diese neuen bilanztechnisch weggezauberten Schulden sind keine Kleinigkeit, auch, wenn wir uns seit der Finanzkrise 2008 an die vielen Nullen gewöhnt haben. Die »Kreditnachfrage« beträgt die Hälfte eben jenes Bundeshaushaltes, der 496 Milliarden Euro umfasst.²³ Tatsache ist, dass damit auch ein verfassungsrechtliches Problem verbunden ist, denn laut Artikel 115 des Grundgesetzes ist eine Verschuldung Deutschlands auf eine maximale Nettokreditaufnahme auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) begrenzt.²⁴ *Das nennt man die Schuldenbremse.*

In Wahrheit aber hat die Bremse versagt und müsste in der Werkstatt dringend neu eingestellt werden. Durch den TÜV kommt sie jedenfalls nicht mehr. Denn über die 0,35 Prozent sind wir längst hinaus. Nach Angaben des Bundes der Steuerzahler Deutschland lag die Staatsverschuldung im Jahr 2021 bei 2,320 Milliarden Euro (siehe Abbildung 1.1), was einer Quote von über 70 Prozent entspricht.²⁵

Dabei erfasst die Berechnung der Staatsverschuldung die jährliche Neuschuldenaufnahme sowie die schon vorhandenen Schulden aus vergangenen Jahren. Allerdings darf die Schuldenbremse in Notsituationen ausgesetzt werden.²⁶ Als die Pandemie Anfang 2020 über uns hereinbrach, war dies der Fall. Doch Finanzminister Christian Lindner wollte die Schuldenbremse wieder einhalten. Unglücklicherweise durchkreuzten die durch den Ukraine-Krieg ausgelösten Turbulenzen am Energiemarkt diese Pläne. Nun kommen diese 200 Milliarden Schulden noch obendrauf. Dass mit dem Haushalt noch weitere verfassungsrechtliche Probleme verbunden sind, hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe mit seinem Urteil vom 15. November 2023 deutlich gemacht. Es kritisierte, dass die Corona-Hilfen nicht einfach

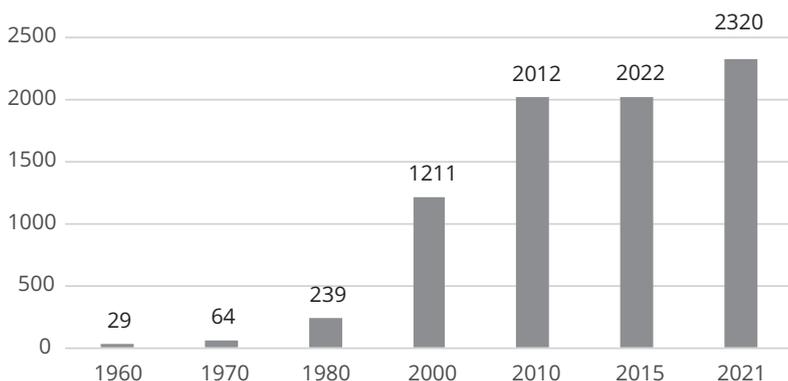


Abbildung 1.1: Entwicklung der Staatsschulden (in Milliarden Euro), Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Daten des Bundes der Steuerzahler

umgewidmet werden dürfen. Und auch der Blick Richtung Italien beruhigt hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Euros nicht. Der Wahlsieg von Giorgia Meloni in Italien, der Partei Fratelli d'Italia, Brüder Italiens, auf deren Fahne das Feuer Mussolinis noch immer züngelt, tut ein übriges. Meloni hat es im Wahlkampf bereits angedroht: Sie will Europa kräftig unter Druck setzen, der Spaß sei vorbei.²⁷ Gemeint ist wohl Folgendes: Damit Italien sein Veto nicht gegen die verschiedenen Vorhaben der EU-Kommission erhebt, muss weiteres Geld nach Italien fließen. Wir sind daher überzeugt: In seiner bisherigen Form wird es der Euro eher schwer haben. Denn Deutschland, im Gespann mit kleineren Ländern wie Dänemark und Niederlande, ist aufgrund seiner Wirtschaftsmacht ein Rettungsanker des Euro. Frankreich, Italien, Spanien, Griechenland und Portugal sind alle bis zur Halskrause verschuldet. Doch Deutschland hat nun eigene Probleme, weil die Energiepolitik in den Jahren zuvor in eine Abhängigkeit vom russischen Gas geführt hat. Wandel durch Handel entpuppte sich als leere Formel. Damit steht genau jenes Land unter massivem Druck, das aufgrund seiner Wirtschaftsstärke den Euro immer wieder gestützt hat, so während der Eurokrise, als Deutschland 310 Milliarden Euro in die Rettungsschirme steckte.²⁸

»Deutschland ist ein Rettungsanker des Euros. Doch Deutschland hat jetzt eigene Probleme, weil die deutsche Energiepolitik in den Jahren zuvor in eine Abhängigkeit vom russischen Gas geführt hat.«

Der Kampf ums Gas und das Wanken Italiens, der drittgrößten Volkswirtschaft in Europa, sind dabei besonders bedrohlich. Man könnte daher auch darüber nachdenken, unser Geld *ganz neu aufzustellen*, so wie dies die Menschen in der Vergangenheit immer wieder getan haben, wenn das bisherige Geld den Anforderungen nicht mehr genügte. Geld hat sich schon immer evolutionär weiterentwickelt. Erst tauschten die Menschen Ware gegen

Ware, dann suchten sie nach etwas, was den direkten Tausch ersetzen könnte, um das mühsame Tauschgeschäft – nicht jede Ware lässt sich gleichwertig tauschen – zu vereinfachen. Zunächst wurden noch Zwischentauschmittel – Vieh, Getreide, Gold und Silber – eingesetzt, doch dann wurde das Geld erfunden. Als Muschelgeld fungierten beispielsweise Kauri-Schnecken in China. Dann kam das Münzgeld auf, etwa 650 Jahre vor Christus im Königreich Lydien, auf dem Gebiet der heutigen Türkei. Mit Hilfe des Geldes wurde der Warentausch erheblich erleichtert, denn Geld ist, wenn es allgemein akzeptiert ist, überall einsetzbar. Mit Münzen aus Gold, Silber und Kupfer ließ sich der Handel nochmals ausweiten, sie waren transportabel und ihre Wertigkeit anerkannt, zumal ihr Aussehen, ihre Größe und ihr jeweiliger Wert vereinheitlicht waren. Statt gewogen, konnte das Geld gezählt werden, was den Handel wesentlich vereinfachte. Mit den Medicis kamen schließlich Wechselscheine ins Spiel, die im Grunde Kredite waren, so aber nicht genannt werden durften, weil die Kirche das Geschäft mit den Zinsen für Teufelswerk hielt. Ab 1660 nutzten die Schweden Papiergeld, eine Errungenschaft, die es in China bereits während der Song-Dynastie (960-1279) gegeben hatte. Papiergeld ist schließlich leichter zu transportieren als schwere Münzen. Eine wichtige Voraussetzung, um den Handel in Europa weiter ausdehnen zu können. Noch bevor es Papiergeld gab, gab es bereits das bargeldlose Buchgeld. Es wurde im Mittelalter in den wichtigsten Handelsstädten genutzt.²⁹ Buchgeld hat den großen Vorteil, sicher und zugleich sehr bequem zu sein, weil es eben nicht physisch von A nach B gebracht werden muss. Es wird von Bankkonto zu Bankkonto weitergereicht. Heute heißt dieses Geld Giralgeld und wird digital abgewickelt. Wir kennen dieses Giralgeld, wenn wir Überweisungen von unserem Konto tätigen oder mit Kreditkarten bezahlen. Das Giralgeld auf unseren Konten gehört übrigens so lange der Bank, bis wir es in Bargeld aus dem Geldautomaten ziehen. Zudem ist unser Geld auf der Bank nur bis zu einem Betrag von 100 000 Euro abgesichert.³⁰ Giralgeld ist eben kein Vollgeld. Zum Glück ist der nächste Schritt

in der Evolution des Geldes unserer Meinung nach bereits geschehen. 2008 entstand die Kryptowährung Bitcoin. Geld, das ganz neue Möglichkeiten eröffnet.

Bitcoin – das neue Geld

Was »Geld« ist und was es kann, wurde mit dem Bitcoin 2008 durch Satoshi Nakamoto, wer auch immer sich hinter dem Pseudonym verbirgt, *neu definiert*. Der Bitcoin konkurriert seitdem immer mehr mit den existierenden Geldsystemen, deren Nachteile immer offensichtlicher werden. Dass der Bitcoin sich bereits sehr erfolgreich durchgesetzt hat, belegen die Zahlen – trotz starker Kursschwankungen. Da Bitcoin-Nutzer mehrere Adressen haben können, ist die genaue Anzahl der User schwer zu ermitteln, berücksichtigt man aber Bitcoin-Adressen, sowie die Nutzer der wichtigsten Börsen, die Bitcoin meistens auch aktiv handeln, kommt man auf über 200 Millionen Menschen weltweit, die in den Bitcoin und andere Krypto-Assets investiert sind.³¹ Dies als »Nische« zu bezeichnen, zeugt nur von dem Unverständnis derjenigen, die ihn nicht verstehen. Nur, um die Zahlen richtig einzuordnen: In den Vereinigten Staaten leben 400 Millionen Menschen. Es ist also so, als ob die Hälfte der Amerikaner bereits im Besitz von Bitcoin und anderen Kryptowährungen wäre. Der Unterschied ist nur, dass Bitcoin Geld ist, das von Menschen *überall* in der Welt genutzt werden kann. *Ein Smartphone genügt dafür*.

Wie erfolgreich der Bitcoin inzwischen ist, zeigt auch die Tatsache, dass er nach 14 Jahren bereits die Marke von einer Billion Dollar Marktkapitalisierung vorübergehend erreichen konnte.³² Das entspricht einem Prozent der gesamten Marktkapitalisierung aller börsennotierten Unternehmen.³³ Inzwischen sind mindestens zehn Top-Unternehmen in Bitcoin investiert, so etwa Microstrategy, Tesla, Galaxy Digital, Square und andere.³⁴ Die Zeitschrift »Der Aktionär« berichtet von insgesamt 34 relevanten Unternehmen, die inzwischen in Bitcoin investiert sind.³⁵ Deren

Bitcoin-Bestände summierten sich im Jahr 2021 auf 216 692 Bitcoins und waren in jenem Jahr rund zehn Milliarden Dollar wert.³⁶

Und noch eine Zahl, die zeigt, was wirklich los ist: Im Jahr 2021 betrug das Volumen der Bitcoin-Transaktionen auf der Blockchain 4,2 Billionen Dollar.³⁷ Da fälschlicherweise immer wieder behauptet wird, dass dieses große Volumen sich überwiegend aus der Abwicklung krimineller Aktivitäten speise, sei an dieser Stelle auf die Studie des amerikanischen Think Tanks ›Foundation for Defense of Democracies‹ verwiesen. Das Ergebnis war für viele überraschend: Nur ein Prozent der Transaktionen konnten kriminellen Aktivitäten zugeordnet werden,³⁸ also erheblich weniger als dies beim US-Dollar der Fall ist, der von Kriminellen nach wie vor für die illegalen Geschäfte bevorzugt wird (siehe dazu Kapitel 6). Auch wenn aus Marketinggründen manche Handelsbörse dazu neigt, die Volumina künstlich aufzublasen, dürfen wir davon ausgehen, dass der größte Teil der Bitcoin-Transaktionen echt ist. Selbst wenn es stimmen würde, was das Magazin ›Forbes‹ behauptet, nämlich, dass die Hälfte der Transaktionen bei Bitcoin Fakes seien, läge das Transaktionsvolumen immer noch bei 2,1 Billionen Dollar. *Eine Nische ist der Bitcoin daher ganz sicher nicht mehr.* Bitcoin ist die Kryptowährung, die mit 42 Prozent am Kryptomarkt den größten Anteil ausmacht.³⁹ Dieses Wachstum ist dem Bitcoin von ganz allein gelungen, ohne jegliche staatliche Unterstützung. Wir sind uns daher sicher: Es ist nur eine Frage der Zeit, bis noch mehr Transaktionen in Bitcoin abgewickelt werden.

Hat der Staat genügend Reserven?

Fiat-Geld (Fiat= »Es geschehe!«) nennt Ammous nicht ohne Grund das bestehende Geld. Wir wiederum fühlen uns durch das »Es geschehe!« spontan an das Zitat in der Bibel erinnert: »Und Gott sprach: Es werde Licht! Und es ward Licht.« *Die Erschaffung*

der Welt aus dem Nichts. Tatsache ist: Seit der Loslösung vom Gold können die US-Notenbank und auch die EZB das Geld tatsächlich aus dem Nichts erschaffen. Das bedeutet aber nicht, dass dieses Geld völlig ohne Deckung wäre. Denn die von uns allen durch Arbeit erschaffenen Waren und Dienstleistungen, genannt Bruttoinlandsprodukt (BIP), sind der Wert, mit denen die erzeugten Geldmengen teilweise unterlegt sind, hinzu kommen Gold- und Devisenreserven sowie Kreditforderungen gegen andere Länder. Drohende Krisen sind ein guter Zeitpunkt, um Bilanz zu ziehen. Deswegen fragen wir:

Wie stehen wir da, wenn die Krise zuschlägt?

Fangen wir bei dem an, was der Staat in der Bilanz auf der Habenseite verbuchen kann. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland betrug im Jahr 2021 rund 3602 Milliarden Euro.⁴⁰ Trotz der Aufhebung des Goldstandards halten viele Staaten Gold in großen Mengen vor. Deutschland hatte beispielsweise 2021 Goldreserven im Wert von 173,8 Milliarden Euro.⁴¹ Doch der Staat hat nicht nur Gold. Er hat auch Vermögenswerte: Eigentum an Grundstücken, Gebäuden, Wald, Infrastruktur, Kunstsammlungen und vielem anderem. Dieses Vermögen belief sich in Deutschland im Jahr 2021 auf 485,5 Milliarden Euro, dem Schulden von 2446,6 Milliarden Euro gegenüberstanden.⁴² Daraus ergibt sich ein Saldo von 1961,1 Milliarden Euro.⁴³ Häuslebauern wird empfohlen, bei einem Baukredit oder Hauskauf mindestens 20 Prozent Eigenkapital vorzulegen. Nimmt man diese Vermögensbilanz als Grundlage für die Berechnung, entspricht die Eigenkapitalquote ungefähr der des Häuslebauers. Die Schulden Deutschlands sind jedoch keine, bei denen am Ende ein neues Haus dasteht. Es sind Schulden, die vorhanden sind und zurückgeführt werden müssten.

Schauen wir uns daher die Habenseite noch etwas genauer an. Da gibt es die Devisenreserven der deutschen Bundesbank. Diese Devisenreserven hatten Ende 2021 einen Wert von 32,6 Milliarden Euro.⁴⁴ Doch die Zusammensetzung der Währungen ändert

sich mit der Zeit, denn Währungen können schwanken, das betrifft nicht nur den Euro. Auch das britische Pfund, der Yen und der Renminbi sind seit der Pandemie stark unter Druck. Was wir damit sagen wollen, ist Folgendes: Devisenreserven können sehr hilfreich sein, aber wie viel sie tatsächlich wert sind, wenn man sie wirklich braucht, weiß man erst im Krisenfall. Daher setzen wir unsere Recherche fort.

Immerhin hat der Staat noch weitere Reserven. Dazu zählen beispielsweise der Goldbestand, Guthaben bei ausländischen Banken und Geldanlagen im Ausland sowie Kredite an das Ausland. 2021 beliefen sich die Währungsreserven der Deutschen Bundesbank auf eine Summe von rund 261,4 Milliarden Euro.⁴⁵ Besonders interessant sind in den Währungsreserven die Sonderziehungsrechte, denn in der Krise spielen sie eine wichtige Rolle. Aufgabe des Internationalen Währungsfonds (IWF) ist es, im Falle von Zahlungsbilanzschwierigkeiten seiner Mitgliedstaaten tätig zu werden. Der IWF kann, wenn er einen globalen Mangel an Währungsreserven feststellt, im Rahmen der Sonderziehungsrechte an seine Mitgliedstaaten Geld ausschütten. Offenbar war dies am 2. August 2021 der Fall. So zahlte der IWF einen in seiner Geschichte beispiellos hohen Betrag in Höhe von 650 Milliarden US-Dollar aus. Deutschland bekam aus diesem Topf 30 Milliarden US-Dollar.⁴⁶ *Diese Aktion darf man getrost als ein deutliches Zeichen der Krise ansehen. Der IWF weiß, dass es brennt und handelt.* Allerdings können diese 30 Milliarden nicht einfach auf der Habenseite verbucht werden, denn die Sonderziehungsrechte stellen zugleich eine Verbindlichkeit dar. Der IWF kann diese Zahlungen auch wieder zurückfordern. Sie sind eine Art Dispositionskredit, die den Spielraum der Länder bei ihren Finanztransaktionen vergrößern.

Was hat der Staat noch? Wie kann er weiteres Vermögen mobilisieren, wenn die Krise zuschlägt?

In den Währungsreserven sind nicht nur die Sonderziehungsrechte enthalten, sondern auch die Kreditforderungen des

deutschen Staates gegenüber anderen Staaten, beispielsweise die Target-Kredite. Target-Forderungen sind vergleichbar mit Überziehungskrediten, die andere Länder bei der Bundesbank haben, damit sie Waren in Deutschland bezahlen können. Nun sind diese Forderungen bereits 2018 auf 30 Prozent des BIP in Deutschland angestiegen.⁴⁷ Diese Forderungen kann die Bundesbank nicht mehr in Dollar oder Gold absichern, wie es im Bretton-Woods-System noch möglich gewesen wäre. Entscheidend aber ist, dass eine Tilgung der Schulden in diesem Target-System, das mit der Einführung des Euros 1999 begann und die Liquidität zwischen unterschiedlich produktiven Wirtschaftsräumen in Europa sicherstellen sollte, gar nicht vorgesehen ist. Die Geschäftsbanken eines jeden Landes können sich im Rahmen des Target-Systems unbegrenzt Kredite bei der eigenen Notenbank besorgen und damit unbegrenzt Überweisungen in andere Länder ermöglichen, beispielsweise nach Deutschland. Der Ökonom und ehemalige Leiter des Ifo-Institutes, Hans-Werner Sinn, nennt das einen ›Selbstbedienungsladen‹, bei dem jedes Land nach Belieben in Deutschland anschreiben lassen kann.⁴⁸

Wenn wir also ein Worst-Case-Szenario annehmen, etwa bei einem Zusammenbruch des Euros, dürfen wir davon ausgehen, dass diese Forderungen nicht mehr beglichen werden. Wenn das Geldsystem kollabiert, ist jedem Land das eigene Hemd näher als das des anderen. Die Target-Forderungen, die eigentlich einen Vermögenswert darstellen, müssten aber im Fall der Fälle zu den bereits bestehenden Schulden summiert werden.

Ohne weiter ins Detail gehen zu müssen, mag dieser kurze Überblick über die Vermögenssituation des Staates genügen, um zu verdeutlichen, dass einiges im Argen liegt.

Warum aber wird über den desaströsen Zustand des Euros in der breiten Öffentlichkeit so wenig geredet, während andere ihr Vermögen bereits in Sicherheit bringen? Vielleicht hilft folgende Überlegung. 2011 gab der ehemalige EU-Kommissionspräsident

Jean-Claude Juncker folgende Worte von sich: »*Wenn es ernst wird, muss man lügen.*«⁴⁹ Wichtige Dinge zu verschweigen, ist eine besondere Form des Lügens, wenn Aufklärung geboten ist. Deswegen sind Informationen in diesen Tagen so wichtig. Aufklärung allein genügt nicht. Man muss auch wissen, wie man seine Ersparnisse schützen kann. Schließlich ist der Bitcoin nicht nur *eine neue Form des Geldes*, er kann auch dabei helfen, das eigene Vermögen vor Wertverlust zu schützen – allen Unkenrufen zum Trotz. Dabei hat die massive Kritik, die der Bitcoin erfährt, damit zu tun, dass die, die das zentral gesteuerte, von Manipulationen unterschiedlicher Art belastete Fiat-Geld verwalten, inzwischen vermutlich verstanden haben, dass der Bitcoin eine Alternative sein kann. Würde der Bitcoin am Anfang nicht ernst genommen, wurde er – spätestens als für *einen* Bitcoin rund 69 000 US-Dollar im Jahr 2021 gezahlt werden mussten –, zu einem unangenehmen Konkurrenten. Warum der Bitcoin alles andere als tot ist, sich vielmehr bester Gesundheit erfreut, werden Sie im Folgenden erfahren. Wie der Bitcoin zudem notwendige Reformen anstoßen und sogar zum nachhaltigen Umgang mit Ressourcen eine Menge beitragen kann, erfahren Sie in den Kapiteln 6 bis 10. Zunächst aber widmen wir uns der Analyse des Euros.

